

**Resolution
zur Energiewendepolitik der Bundesregierung**

Verabschiedet auf der Mitgliederversammlung des SEV in Osnabrück am 02.03.2026

Der Solarenergieverein Osnabrück e.V. setzt sich seit vielen Jahren ein für eine regenerative, dezentrale und klimaverträgliche Energieversorgung in Bürgerhand. Die Energiewende wurde möglich durch das Engagement der Bürgerinnen und Bürger und wird weiter getragen durch ihre Investitionen in Solar- und Wind- und andere erneuerbare Energieanlagen.

Vor diesem Hintergrund wenden wir uns in aller Deutlichkeit gegen die aktuellen energiepolitischen Entwürfe von Bundesministerin Katherina Reiche für das Netzpaket und das neue Gebäudemodernisierungsgesetz.

Ohne Anspruch auf Vollständigkeit kritisieren wir insbesondere:

1. Die neuen Regelungen **werfen Deutschland** auf fast allen Gebieten im **Klimaschutz zurück** und sind von daher nicht akzeptabel.
2. Die geplanten **Baukostenzuschüsse** für Netzanschlüsse von PV- und Windkraftanlagen bedeuten zusätzliche finanzielle Hürden für Investorinnen und Anlagenbetreiber. Netzausbau ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe.
3. Die **Abregelung von Anlagen** durch den Netzbetreiber (Redispatch) muss weiterhin uneingeschränkt **finanziell entschädigt** werden. Der vorgesehene Vorbehalt bei der Zahlung von Redispatch-Entschädigungen untergräbt die Investitionssicherheit für Betreiberinnen und Betreiber erneuerbarer Energieanlagen.
4. Die **Abkehr von der 65%-Regenerativ-Vorgabe** für neue Gebäudeheizungen im Rahmen des GEG bremst die Wärmewende im Gebäudesektor aus. So werden notwendige Investitionen in Wärmepumpen und andere erneuerbare Lösungen verzögert und die Abhängigkeit vom Gas im Wärmesektor verlängert. Dies wäre der direkte Weg in die Gaskostenfalle.
5. Die breite zukünftige Nutzung von **Wasserstoff und Grüngas** (Grüngas-Quote) zur Gebäudeheizung ist eine Illusion. Grüner Wasserstoff wird auf absehbare Zeit knapp und teuer sein und sollte prioritär in Industrieprozessen eingesetzt werden, die kaum elektrifizierbar sind, und nachhaltig verfügbares Biomethan ist auch in Zukunft mengenmäßig begrenzt. Bioenergie wird statt dessen in Zukunft zur Glättung des Energieangebotes gebraucht.
6. Die geplante **Abschaffung der Einspeisevergütung** für Solaranlagen unter 25 kW ist in Gefahr, die dezentralen Energiewende auszubremsen. Sie schadet dem Handwerk und der Wirtschaft. Gerade Anlagen auf Ein- und Mehrfamilienhäusern, landwirtschaftlichen Gebäuden und kleinen Gewerbebetrieben sind das Rückgrat der Energiewende in

BürgerInnenhand. Optimal wäre - statt einer festen – eine netzdienlich variable Einspeisevergütung.

7. Für **Steckersolargeräte (Balkonkraftwerke)** droht eine Verschlechterung der Bedingungen durch erhöhte technische Anforderungen: Besondere Steckverbindungen usw.. Damit würde gerade der preiswerte und sozialverträgliche Einstieg breiter Bevölkerungsgruppen in die Energiewende bürokratisiert und abgewürgt.

Forderungen des Solarenergievereins Osnabrück e.V.

Die Mitgliederversammlung fordert:

1. Ein klares Bekenntnis zu den Klimaschutz-Zielen für Deutschland in Wort und Tat.
2. Keine zusätzlichen finanziellen Hürden durch Baukostenzuschüsse für Netzanschlüsse von PV- und Windkraftanlagen.
3. Volle und verlässliche Zahlung von Redispatch-Entschädigungen bei netzbedingter Abregelung.
4. Die Beibehaltung klarer und ambitionierter Anforderungen an erneuerbare Wärme im Gebäudesektor.
5. Die Abkehr von einer illusionären Grüngas- und Wasserstoff-Politik.
6. Den Erhalt einer verlässlichen Einspeisevergütung auch für PV-Anlagen unter 25 kW oder statt dessen einen variablen Stromeinspeisetarif.
7. Keine Komplizierung der technischen Vorgaben für Steckersolargeräte (Balkonkraftwerke).

Die Energiewende ist ein Gemeinschaftsprojekt. Sie ist die Voraussetzung für einen gelingenden Klimaschutz. Sie gelingt nur mit klaren, verlässlichen, akzeptablen und investitionsfreundlichen Rahmenbedingungen.

Der Solarenergieverein Osnabrück e.V. appelliert an die Bundesregierung und insbesondere an Bundesministerin Katherina Reiche, die vorliegenden Entwürfe grundlegend zu überarbeiten und Klimaschutz und dezentrale, bürgergetragene Energiewende wieder in den Mittelpunkt ihrer Energiepolitik zu stellen.

Für die Mitgliederversammlung
Solarenergieverein Osnabrück e.V.

Osnabrück, 2. März 2026

Klaus Kuhnke, Martina Jandek
Vorstand SEV